



In der Corona-Krise ist nach Angaben von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) bislang von 470.000 Betrieben eine Anzeige auf Kurzarbeit eingegangen. Wie viele Menschen von

Kurzarbeit betroffen sein werden, lasse sich derzeit noch nicht genau abschätzen, sagte Heil am Dienstag in Berlin. Es sei aber damit zu rechnen, dass es mehr als während der Finanzkrise seien; damals betraf dies 1,4 Millionen Menschen.

Die Bundesregierung hatte wegen der Corona-Epidemie im Eilverfahren Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld beschlossen, die rückwirkend bereits ab 1. März gelten. Unternehmen können demnach bereits dann Kurzarbeitergeld beantragen, wenn zehn Prozent der Beschäftigten im Betrieb von Arbeitsausfall betroffen sind statt zuvor ein Drittel. Zudem werden Arbeitgebern die Sozialversicherungsbeiträge, die sie auch bei Kurzarbeit zu zahlen haben, in voller Höhe erstattet. Ziel ist es, Arbeitsplätze zu erhalten. Die Bewältigung der Krise sei eine "historische Aufgabe", sagte Heil. "Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz". Zugleich sagte er, dass es Anlass "zur realistischen Zuversicht" gebe. Deutschland habe einen der stärksten Sozialstaaten auf der Welt. Zur Finanzierung der Maßnahmen verwies der Chef der Bundesagentur für Arbeit (BA), Detlef Scheele, am Dienstag erneut auf die Rücklagen BA in Höhe von 26 Milliarden Euro.afp, foto- [Micky Messer](#) , Wikimedia.